



Bundesministerium  
des Innern, für Bau  
und Heimat

POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, 11014 Berlin

Präsident des Deutschen Bundestages  
– Parlamentssekretariat –  
Reichstagsgebäude  
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-11117

FAX +49 (0)30 18 681-11019

INTERNET [www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de)

DATUM 5 März 2019

BETREFF **Kleine Anfrage des Abgeordneten Andrej Hunko u.a. und der Fraktion DIE LINKE.  
Koordination des Netzwerks von EU-Spezialeinheiten ATLAS bei Europol  
BT-Drucksache 19/7918**

Auf die Kleine Anfrage übersende ich namens der Bundesregierung die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen  
in Vertretung

Hans-Georg Engelke

ZUSTELL- UND LIEFERANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

VERKEHRSANBINDUNG S-Bahnhof Berlin Hauptbahnhof

Bushaltestelle Berlin Hauptbahnhof

Kleine Anfrage des Abgeordneten Andrej Hunko u.a.  
und der Fraktion DIE LINKE.

Koordination des Netzwerks von EU-Spezialeinheiten ATLAS bei Europol

BT-Drucksache 19/7918

---

Vorbemerkung der Fragesteller:

Im ATLAS-Verbund koordinieren sich 38 Spezialeinsatzkommandos (Polizei- und Gendarmerieeinheiten) aus 28 EU-Mitgliedstaaten sowie aus Norwegen, der Schweiz und Island. Das Netzwerk verfügt jetzt über ein permanentes „Unterstützungsbüro“ („ATLAS Support Office“) bei der Polizeiagentur Europol in Den Haag. Dieses Büro des ATLAS-Verbund ist nach Kenntnis der Fragestellerinnen und Fragesteller seit dem 1. Januar beim Anti-Terror-Zentrum (ECTC) von Europol angesiedelt. Eine entsprechende Entscheidung erging bereits in 2017 (Ratsdokument 11828/17), aber erst im Oktober vergangenen Jahres hat Europol mit Österreichs Innenminister Herbert Kickl einen Vertrag geschlossen (Presseerklärung Europol vom 10. Oktober 2018). Er regelt die Aufgaben, die Europol für die Spezialeinheiten erbringt. Das „Unterstützungsbüro“ besteht aus festem Personal mit Leitungsfunktionen, die als „Team leader (Temporary Agent)“ und „Office assistant (Contract Agent)“ bezeichnet werden, außerdem sollen auch Angehörige von Polizei oder Gendarmerien aus den Mitgliedstaaten („Seconded National Experts“) nach Den Haag entsandt werden (vgl. Drucksache 19/5780, Frage 6). Die Kooperation soll bis Juni 2020 evaluiert werden.

Die gemeinsamen Richtlinien (vgl. Drucksache 19/5780, Frage 4) regeln außerdem die Ziele und Zusammenarbeitsformen von Europol und ATLAS. Regelungsbedürftig ist auch der Transport von Waffen, Munition und Gefahrenstoffen, wenn sich das ATLAS-Netzwerk für Übungen trifft (vgl.

<http://www.statewatch.org/news/2017/sep/eu-council-atlas-network-11828-17.pdf>).

Vor der Einreise müssen nach Kenntnis der Fragestellerinnen und Fragesteller, die ausländischen Einheiten die Einfuhr anzeigen, von dort werden dann die zuständigen Behörden des Zolls informiert. Dieser Prozess soll vereinfacht werden.

Möglicherweise wird nach Einschätzung der Fragestellerinnen und Fragesteller, die Kooperation von Spezialeinheiten auch im „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit und Integration“ („Aachener Vertrag“, siehe <http://gleft.de/2DL>) ausgebaut.

*Dort ist im Artikel 6, die Rede davon, die bilaterale Zusammenarbeit „bei der Bekämpfung des Terrorismus und der organisierten Kriminalität sowie im Bereich der Justiz, der Nachrichtendienste und der Polizei“ zu verbessern.*

1:

*Wann wurde das „ATLAS Unterstützungsbüro“ („ATLAS Support Office“), dessen Eröffnung die Bundesregierung vor zwei Monaten für „Mitte 2019“ angekündigt hatte (Drucksache 19/5780, Frage 5), nach Kenntnis der Bundesregierung gestartet?*

Zu 1:

Die Eröffnung des „ATLAS Unterstützungsbüros“ ist zum 1. Juli 2019 geplant.

2:

*Wie wird das „ATLAS Unterstützungsbüro“ nach Kenntnis der Bundesregierung finanziert und für welche Bereiche werden dabei auch Finanzmittel von Europol genutzt?*

Zu 2:

Nach Kenntnis der Bundesregierung erfolgt die geplante Finanzierung des „ATLAS Unterstützungsbüros“ über Haushaltsmittel von Europol. Auf der Grundlage einer Kosten-Nutzen-Analyse aus 2018 soll das Europol-Budget von der Europäischen Kommission entsprechend angehoben werden. Aus den zugewiesenen Haushaltsmitteln sollen die Personalkosten für das „ATLAS Unterstützungsbüro“ und sämtliche Aktivitäten des ATLAS-Netzwerks finanziert werden.

3:

*Aus welchen Gründen ist das „ATLAS Unterstützungsbüro“ nach Kenntnis der Bundesregierung bei dem Anti-Terror-Zentrum (ECTC) von Europol untergebracht und welche Synergien ergeben sich dadurch?*

Zu 3:

Das „ATLAS Unterstützungsbüro“ wird zunächst dem Anti-Terror-Zentrum (ECTC) von Europol angegliedert, weil dort die größte inhaltliche Nähe zu den Themen des ATLAS-Netzwerkes besteht. Durch die Anbindung beim ECTC können Verbindungen zwischen ATLAS und anderen europäischen Polizeinetzwerken hergestellt werden.



Durch den Informationsaustausch zwischen den vorgenannten Polizeinetzwerken kann die Entwicklung von Fähigkeiten der europäischen Polizei im Bereich der Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des Terrorismus im Ganzen optimiert und gefördert werden.

4:

*Welche Unterstützung erbringt das ECTC nach Kenntnis der Bundesregierung für das „ATLAS Unterstützungsbüro“?*

Zu 4:

Nach Kenntnis der Bundesregierung unterstützt das ECTC das „ATLAS Unterstützungsbüro“ durch die Bereitstellung einer Kommunikationsplattform. Im Übrigen wird auf die Beantwortung zur Frage 3. verwiesen.

5:

*Welche Details kennt die Bundesregierung zu den Inhalten der Richtlinie, in der Europol und das ATLAS-Netzwerk „Ziele, Bereiche der Zusammenarbeit, Arbeitsstruktur, Zusammensetzung des „ATLAS Unterstützungsbüros“ (ATLAS Support Office) sowie Haushalts- und Finanzthemen“ festgelegt haben (Drucksache 19/5780, Frage 4)?*

Zu 5:

Nach Kenntnis der Bundesregierung ergeben sich aus den Zusammenarbeitsrichtlinien zwischen ATLAS und Europol folgende Details:

Ziele:

- Bereitstellung sicherer Kommunikation für das ATLAS-Netzwerk.
- Kontinuierliche Finanzierung der Aktivitäten des ATLAS-Netzwerks über das Europol-Budget.
- Administrative und logistische Unterstützung für die ATLAS-Präsidenschaft.
- Kooperation mit relevanten Partnern.

Bereiche der Zusammenarbeit:

- Bereitstellung finanzieller Ressourcen.
- Unterstützung bei der Erstellung der jährlichen ATLAS-Aktivitäten.
- Austausch von strategischen und operativen Erkenntnissen.
- Verlinkung mit anderen europäischen Netzwerken.

Arbeitsstruktur:

- Europol zusammen mit dem „ATLAS Unterstützungsbüro“.
- ATLAS-Präsident zusammen mit dem ATLAS-Koordinationsbüro.

Zusammensetzung des „ATLAS Unterstützungsbüros“:

- Team leader (Temporary Agent).
- Office assistant (Contract Agent).
- Seconded National Expert.

Haushalts- und Finanzthemen:

- Organisation von Besprechungen und Konferenzen.
- Buchung von Reisen.
- Ausschreibungen für Beschaffungsmaßnahmen, Durchführung von Beschaffungen.

6:

*Wie viele Beamtinnen und Beamte sind nach Kenntnis der Bundesregierung im „ATLAS Unterstützungsbüro“ beschäftigt und wie werden diese finanziert?*

Zu 6:

Nach Kenntnis der Bundesregierung ist derzeit eine Verbindungskraft aus Österreich im „ATLAS Unterstützungsbüro“ beschäftigt. Diese soll dort die Aufstellung des „ATLAS Unterstützungsbüros“ mit vorbereiten. Aktuell werden Anforderungsprofile und Auswahlkriterien für vorgenannte Dienstposten bei Europol erstellt. Einzelheiten sind dazu nicht bekannt. Die Anzahl der Beschäftigten beim „ATLAS Unterstützungsbüro“ wird von der Anzahl der erfolgreichen Bewerber abhängen. Nach derzeitigem Stand sollen -5- Beamte im „ATLAS Unterstützungsbüro“ eingesetzt werden. Die Funktionen: Team leader (Temporary Agent), Office assistant (Contract Agent) sollen aus Haushaltsmitteln von Europol finanziert werden. Die Seconded National Experts sollen auf dem Abordnungswege bei Europol eingesetzt werden, mit der Folge, dass die Finanzierung dieser Beamten durch den Entsendestaat übernommen werden muss.

7:

*Welche Aufgaben übernehmen die als „Team leader (Temporary Agent)“ und „Office assistant (Contract Agent)“ bezeichneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach Kenntnis der Bundesregierung im „ATLAS Unterstützungsbüro“?*

Zu 7:

Die Funktion des „Team leader (Temporary Agent)“ koordiniert die Aufgaben im täglichen Dienstbetrieb. Er ist Hauptansprechpartner für die ATLAS-Präsidenschaft und verantwortlich für die Durchführung der Aufgaben des „ATLAS Unterstützungsbüros“. Darüber hinaus wird hier die Koordination und Zusammenarbeit mit den relevanten Sachgebieten innerhalb von Europol gewährleistet. Die Funktion des „Office assistant“ vertritt die Funktion des „Team leader (Temporary Agent)“.

8:

*Welche Spezialeinheiten welcher Länder wurden nach Kenntnis der Bundesregierung als „nationale Experten“ in das seit 1. Januar 2019 aktive „ATLAS Unterstützungsbüro“ entsandt und welche Tätigkeiten übernehmen diese dort?*

Zu 8:

Auf die Antwort zur Frage 6. wird verwiesen, zu den Tätigkeiten liegen hier keine Erkenntnisse vor.

9:

*Für wann planen die Bundesregierung oder die an ATLAS beteiligte Polizei aus Baden-Württemberg nach Kenntnis der Bundesregierung eine Entsendung zum „ATLAS Unterstützungsbüro“?*

Zu 9:

Auf die Antworten zu den Fragen 6. und 8. wird verwiesen. Für den Fall, dass Bewerber der Bundespolizei die Auswahlverfahren bestehen, ist deren Entsendung zum 1. Juli 2019 geplant.

10:

*Sieht die Bundesregierung Verbesserungsbedarf beim grenzüberschreitenden Transport von Waffen und Einsatzausrüstung europäischer Spezialeinheiten (etwa anlässlich gemeinsamer Übungen) sowie bei den Verfahren zur Umsetzung von Hilfersuchen?*

- a) *Welche Lösungen werden gesucht bzw. wurden gefunden, um den grenzüberschreitenden Transport von Waffen und Einsatzausrüstung zu erleichtern?*



- b) *Welche Maßnahmen für vereinfachte Verfahren zu Hilfeersuchen bzw. für deren Umsetzung im Ernstfall werden nach Kenntnis der Bundesregierung von dem „ATLAS Unterstützungsbüro“ derzeit verfolgt?*

Zu 10:

Nach Kenntnis der Bundesregierung besteht derzeit kein Verbesserungsbedarf hinsichtlich des grenzüberschreitenden Transports von Waffen und Einsatzausrüstungen europäischer Spezialeinheiten. Hierfür gelten die Regelungen gem. Artikel 24 i.V.m Artikel 28 des Prümmer Vertrages. Sollten diese Regelungen im Einzelfall nicht ausreichen, besteht darüber hinaus die Möglichkeit einer Anpassung der bilateralen Polizeiverträge mit den EU-Mitgliedstaaten.

Zu 10a:

Es wird auf die Antwort zur Frage 10. verwiesen.

Zu 10b:

Da das ATLAS-Unterstützungsbüro noch nicht eröffnet ist, liegen der Bundesregierung hierzu keine Erkenntnisse vor, im Übrigen wird auf die Antwort zur Frage 1. verwiesen.

11:

*Welche Unterstützungsleistungen bietet Europol nach Kenntnis der Bundesregierung den Mitgliedstaaten im Falle eines terroristischen Anschlags an, die nach Kenntnis der Fragestellerinnen und Fragesteller in einem „Katalog“ aufgelistet sind?  
Inwiefern soll nach Kenntnis der Bundesregierung das „ATLAS Unterstützungsbüro“ in diesen „Katalog“ aufgenommen werden?*

Zu 11:

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor. Im Übrigen wird auf die Antwort zur Frage 1. verwiesen.

12:

Wie wollen die Bundesregierung und die französische Regierung laut dem „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit und Integration“ (<http://gleft.de/2DL>) die bilaterale Zusammenarbeit „bei der Bekämpfung des Terrorismus und der organisierten Kriminalität sowie im Bereich der Justiz, der Nachrichtendienste und der Polizei“ ausbauen (bitte die bereits geplanten Maßnahmen nicht nur benennen, sondern schildern)?

- a) Welche gemeinsamen Maßnahmen im Hinblick auf die Aus- und Fortbildung sind in diesem Zusammenhang geplant?
- b) Welche weiteren Maßnahmen der bilateralen Zusammenarbeit sollen entwickelt, beraten und beschlossen werden, und welche Gremien werden hiermit beauftragt?
- c) Welche weiteren Akteurinnen und Akteure werden an der Entwicklung weiterer Maßnahmen beteiligt?

Zu 12:

Die Umsetzungsmaßnahmen sind im Einzelnen noch Gegenstand von laufenden Abstimmungen.

Zu 12a:

Geplant ist ein Fortbildungsprojekt zwischen BKA und der Generaldirektion der französischen Nationalpolizei (DGPN) zu Ermittlungen im Darknet und im Zusammenhang mit Kryptowährungen.

Zu 12b und c:

Auf die Antwort zu Frage 12. wird verwiesen.

13:

Welche Details kann die Bundesregierung über den Umfang und die Aufgaben der im „Aachener Vertrag“ angekündigten „gemeinsamen Einheit für Stabilisierungsoperationen in Drittstaaten“ mitteilen?

- a) Welche deutschen und französischen Einheiten von Polizei, Gendarmerie oder Militär sollen dort in welcher Stärke mitarbeiten?
- b) Wo wird die Einheit stationiert?



Zu 13, 13a und 13b:

Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat verhandelt derzeit mit dem französischen Innenministerium über Art, Umfang, Aufgaben und Fortbildungsbedarf der gemeinsamen Einheit. Zu den laufenden Verhandlungen zum gemeinsamen Fortbildungsprogramm wird auf die Antwort der Bundesregierung zur Kleinen Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Frage 22d auf Bundestagsdrucksache 19/1570 vom 4. April 2018 verwiesen.

14:

*Inwiefern sollen diese „Stabilisierungsoperationen“ aus Sicht der Bundesregierung auf der EU-Beistandsverpflichtung nach Artikel 42 (in Drittstaaten) oder der Solidaritätsklausel nach Artikel 222 (in EU-Mitgliedstaaten) erfolgen können?*

15:

*Inwiefern sollen bei den „Stabilisierungsoperationen“ nach derzeitigem Stand auch Missionen unter militärischem Kommando möglich sein (etwa als „robuste Polizeieinheiten“)?*

Zu 14 bis 15:

Auf die Antwort zur Frage 13. wird verwiesen.

16:

*Was ist der Bundesregierung über Ankündigungen der britischen Regierung bzw. ihrer Spezialeinheiten bekannt, das ATLAS-Netzwerk nach dem EU-Austritt am 29. März 2019 zu verlassen bzw. nach Möglichkeiten zu suchen, auch nach einem Brexit daran teilzunehmen?*

Zu 16:

Der Bundesregierung liegen über den Ausstieg bzw. die Fortsetzung der Kooperation zwischen britischen Spezialeinheiten und dem ATLAS-Netzwerk keine Erkenntnisse vor.

17:

*Inwiefern steht der in der Antwort auf die Bundestagsdrucksache 19/6729 (Frage 14) angekündigte Ausbau der Zusammenarbeit europäischer Geheimdienste, wozu die französische Regierung ein erstes Treffen im Frühjahr 2019 in Paris organisiert und die Bundesregierung eine Delegation entsendet, nach Kenntnis der Bundesregierung in einem mittelbaren Zusammenhang mit dem „Aachener Vertrag“?*

- a) Wann genau soll das Treffen in Paris stattfinden?*
- b) Welche Geheimdienste (etwa Inland, Ausland, Militär, Cyber) bzw. Geheimdienstkoordinatorinnen und – koordinatoren welcher Länder werden zu dem Treffen eingeladen?*
- c) Welche Details kennt die Bundesregierung zu den Inhalten und Zielen des Treffens bzw. was wird hierzu in der Einladung beschrieben?*

Zu 17:

Bei der fragegegenständlichen Initiative, handelt es sich um kein bilaterales Projekt im Sinne des Vertrags von Aachen. Allerdings lässt sich die deutsche Beteiligung an der französischen Initiative dem Grundbestreben des Aachener Vertrags zuordnen, gemeinsam für eine stärkere Zusammenarbeit in Europa, auch im Bereich der nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit, einzutreten.

Zu 17a:

Am 4. und 5. März 2019.

Zu 17b:

Es wird auf die Antwort der Bundesregierung zur Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. zur Frage 14 auf Bundestagsdrucksache 19/7268 vom 23. Januar 2019 verwiesen. Aus der Bundesrepublik Deutschland sind der Beauftragte für die Nachrichtendienste des Bundes, sowie die Leiter und Vertreter der Nachrichtendienste des Bundesnachrichtendienstes (BND), des Bundesamtes für Verfassungsschutzes (BfV) und des Bundesamtes für den Militärischen Abschirmdienst (MAD) eingeladen. Die Einladungsliste der französischen Organisatoren ist der Bundesregierung nicht bekannt. Insofern liegen keine weitergehenden Erkenntnisse im Sinne der Frage vor.

Zu 17c:

Die Veranstaltung ist der Leitfrage „Towards a common intelligence culture in Europe?“ unterstellt und soll der Förderung eines gemeinsamen strategischen Verständnisses der europäischen Nachrichtendienste dienen.

Hierzu werden verschiedene Workshops sowie eine Podiumsdiskussion angeboten, die sich mit der Rolle der Nachrichtendienste, ihrem sicherheitspolitischen Auftrag und ihrer Verankerung in Europa befassen.